

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

März 2019

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

in dieser Woche jährt sich die 4. Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin. Auch wenn das erste Jahr der Großen Koalition von manchem Konflikt geprägt war, haben wir einiges für das Land und die Bürger erreicht: Seit September 2018 gibt es das Baukindergeld, damit wir Familien die Eigentumsbildung erleichtern. Wir haben das Mietrecht und die Grundgesetz-Regelung zum sozialen Wohnungsbau geändert, um für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Wir arbeiten weiter an einem starken Staat, indem wir tausende Stellen bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt geschaffen haben. Wir entlasten Bürger und Familien, indem die kalte Progression abgebaut wird und das Kindergeld erhöht wird. Auch die Parität bringt Entlastung für die gesetzlich krankenversicherten Arbeitnehmer und Rentner.

Im zweiten Jahr der „GroKo“ kommt es jetzt darauf an, dass wir uns stärker den Zukunftsthemen zuwenden: Wir müssen dranbleiben am Mobilfunkausbau und für schnelles Internet sorgen. Die Grundgesetzänderung zur Digitalisierung der Schulen und die damit verbundenen Finanzhilfen für die Länder müssen bei den Lehrern und Schülern auch ankommen. Wir wollen die Innovationskräfte und unserer Wirtschaft stärken, denn für uns gilt: Erst das Erwirtschaften, dann das Verteilen. Wir wollen unsere Umwelt schützen, aber mit Augenmaß und ohne staatliche Regulierungswut. Wir wollen in die Zukunft und die Infrastruktur investieren und uns unsere Spielräume nicht durch immer höhere Sozialausgaben nehmen.

Zukunft bedeutet gerade für uns als Union auch Europa. Die EU muss stärker zu einem Verbund und einer Institution werden, welche die wesentlichen europäischen und internationalen Probleme löst – nicht neue Umverteilungsfantasien mit immer mehr EU-Behörden entwickelt. Annegret



Kramp-Karrenbauer hat dafür das Richtige gesagt und CDU und CSU werden gemeinsam dafür kämpfen, dass mit Manfred Weber zum zweiten Mal nach Walter Hallstein ein Deutscher Präsident der EU Kommission wird.

Neben den genauen Inhalten des EU-Aufschlags von Annegret Kramp-Karrenbauer, lesen Sie in dieser Woche einen kurzen Überblick über das in abschließender Beratung verabschiedete Terminservice- und Versorgungsgesetz sowie die Änderung des Bundes-Immissionschutzgesetzes. Auch einen kurzen Reisebericht über meine Begleitreise des Bundesaußenministers nach Sierra Leone, Burkina Faso und Mali in der vergangenen Woche können Sie diesem Brief aus Berlin entnehmen. Abschließend finden Sie in dieser Woche Zahlen und Fakten zum Baukindergeld und Handwerk.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Sierra Leone, Burkina Faso & Mali • Bunde-Immissionsschutzgesetz • Terminservice- & Versorgungsgesetz • EU-Reformvorschläge der CDU-Vorsitzenden • Zahlen & Fakten

Sierra Leone, Burkina Faso & Mali:

Mein Reisebericht

Das Treffen mit dem Generalsekretär der G5-Sahel Initiative in der letzten Sitzungswoche war thematisch eine gute Vorbereitung für die in der vergangenen Woche stattgefundenen Begleitreise des Bundesaußenministers Maas nach Westafrika.

Die Reise, die letztlich um einen Tag verlängert werden musste, begann in Sierra Leone. Eines der ärmsten Länder des Kontinents bestach durch eine dauerhaft herzliche Freundlichkeit von denen sich manche Gesellschaften das ein oder andere abschauen könnten. Die beeindruckende Bürgermeisterin Freetowns, Yvonne Aki-Sawyer, zeigte uns auf einem Rundgang einen Teil ihrer faszinierenden Stadt. Anschließend führten meine Kollegen und ich Gespräche mit Vertretern der Zivilgesellschaft Sierra Leones, darunter Frauen aus den unterschiedlichsten Teilen der Gesellschaft. Auch ein Besuch des nationalen Gesundheitszentrums stand auf unserem Programm. Im Anschluss daran flogen wir noch am selben Abend mit einem Flugzeug der Luftwaffe in die Hauptstadt Burkina Fasos, Ouagadougou.

Gleich am nächsten Morgen führen wir in ein örtliches Gymnasium, das Lycée Mixte de Gaunghin, wo wir uns über das Bildungssystem in Burkina Faso informierten. Anschließend fanden wie zuvor in Sierra Leone, die Gespräche mit Parlamentariern statt. Daran schlossen sich auch in Burkina Faso Treffen mit der Opposition und der Zivilgesellschaft an. Auf dem weiteren Tagesplan standen die Akademie der Nationalpolizei und eine Filmvorführung im Goethe-Institut.

Auch Burkina Faso verließen wir bereits wieder nach einem Tag und reisten direkt am nächsten Morgen nach Gao, Mali, weiter. Mali ist ein Land, das zwischen dem Wirken von Terrormilizen und der fehlenden Macht des Zentralstaats zerrissen wird. Deutschland unterstützt Mali mittlerweile seit einigen Jahren durch die EU- und UN-Missionen EUTM Mali und der MINUSMA sehr erfolgreich. Ziel ist es, die malische Sicherheitsarchitektur nachhaltig aufzubauen und die malischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen. Vor Ort fanden entsprechend mehrere Gespräche mit deutschen Soldaten statt. In diesen berichteten diese uns von der Bedeutung ihres Einsatzes für die malische Gesellschaft. Vor unserem Abflug nach Bamako, der Hauptstadt Malis, trafen wir auch in Gao Vertreter der Zivilgesellschaft, die uns über ihren Alltag und die damit verbundenen Probleme berichteten. Sehr eindrucksvoll!

In Koulikoro, einer Stadt außerhalb Bamakos und ebenfalls am Niger gelegen, besuchten wir zum einen das Rathaus sowie den Bürgermeister, zum anderen sowohl das Koulikoro Trainingscenter der Mission EUTM Mali als auch die Operation Base der MINUSMA-Mission. Nachdem wir im Anschluss mit Vertretern der Zivilgesellschaft zu Mittag gegessen hatten, trafen wir zudem Parlamentarier des malischen Parlamentes. Am Ende unseres geplanten Aufenthalts besuchten wir die beeindruckende Sammlung der islamischen Handschriften von Timbuktu. Dort informierte man dann den Bundesaußenminister darüber, dass das Flugzeug der Flugbereitschaft defekt war und für den geplanten Rückflug nach Berlin nicht zur Verfügung stand. So verlängerten wir kurzerhand unseren Aufenthalt in Mali, bis das Ersatzflugzeug am nächsten Tag zur Verfügung stand.

Es war meine erste Reise nach Westafrika. Sie war von solch krassen Gegensätzen geprägt. Auf der einen Seite bittere Armut, Mangelversorgung und Unsicherheiten, auf der anderen allerorts eine menschliche Herzenswärme. Die Länder Afrikas und ihre Menschen sind in einigen Bereichen wie zum Beispiel bei Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung zweifellos auf die Unterstützung Deutschlands angewiesen. Deutschland ist aber ebenso auf die Unterstützung Afrikas, beispielsweise bei der Bekämpfung von Fluchtursachen oder der Bekämpfung des Klimawandels, angewiesen. Man überlege sich nur einmal der künftige afrikanische Energiebedarf würde vollständig durch Öl oder Kohle gedeckt werden. Afrika ist für mich ein Kontinent der Chancen, wenngleich die Herausforderungen natürlich gewaltig sind. ■

2./3. Beratung:

Bundes-Immissionsschutzgesetz

Wir haben in dieser Woche das Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes beschlossen. Künftig sollen Fahrverbote, sofern die NO_x -Grenzwerte von $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft im Jahresmittel nicht überschritten werden, nicht erforderlich sein. Bei nur geringfügigen Überschreitungen der derzeitigen Grenzwerte von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft sollen andere Maßnahmen für saubere Luft ausreichen. Gleichwohl können die zuständigen Landesbehörden weiterhin künftig im Einzelfall Fahrverbote aussprechen, wenn die Grenzwerte trotz aller angewandten Maßnahmen nicht eingehalten werden. Zudem wird geregelt, dass Fahrzeuge mit geringen NO_2 -Emissionen (Euro 4- und Euro 5-Fahrzeuge, die im realen Fahrbetrieb nur geringe NO_2 -Emissionen von weniger als $270 \text{ mg}/\text{km}$ ausstoßen, sowie Euro 6-Fahrzeuge) von Verkehrsverboten wegen der Überschreitungen des Luftqualitätsgrenzwerts für NO_2 ausgenommen werden. Somit wird auch die erforderliche Rechtssicherheit für Fahrzeuge mit einer geeigneten Hardware-Nachrüstung geschaffen.

Die Stadt Frankfurt hat bereits mitgeteilt, dass es mit dieser Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes keine Fahrverbote in Frankfurt geben wird. ■

2./3. Beratung:

Das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) kommt

In zweiter und dritter Lesung haben wir ein Gesetz beraten, um die bessere medizinische Versorgung von GKV-Versicherten zu gewährleisten.

Erreicht werden soll das mit kürzeren Wartezeiten, einer besseren Unterstützung bei der Suche nach einem Arzttermin durch den Ausbau der Terminservicestellen (24-Stunden-Erreichbarkeit, auch online) und mit einem besseren Sprechstundenangebot bei Ärzten in eigener Praxis. Im Detail sieht der Gesetzentwurf vor, das Mindestsprechstundenangebot der Vertragsärzte für die Versorgung von gesetzlich versicherten Patienten von 20 auf 25 Stunden zu erhöhen. Gleichzeitig sollen Fachärzte künftig auch offene Sprechstunden anbieten. Parallel dazu werden die Ärzte für erbrachte Mehrleistungen auch zusätzlich vergütet. Mit dem Gesetz ist außerdem vorgesehen, den ländlichen Raum zu stärken. So sollen Ärzte, die in wirtschaftlich schwachen und vertragsärztlich unterversorgten ländlichen Räumen praktizieren, über regionale Zuschläge besonders unterstützt werden und eventuell existierende Zulassungssperren durch die Länder aufgehoben werden können. Schließlich ist auch die Ausweitung des Kassenleistungsrechts für bestimmte Behandlungen geplant. Weitere Details zum Gesetz finden Sie auf meiner Homepage unter www.markus-koob.de. ■

EU-Reformvorschläge der CDU-Vorsitzenden:

„Europa muss stärker werden“

Annegret Kramp-Karrenbauer hat in ihrem Artikel als Antwort auf die Reformideen Emmanuel Macrons einen Nerv der CDU/CSU-Fraktion getroffen. Denn so wie die Reformwilligkeit Macrons uneingeschränkt zu begrüßen war, so inhaltlich bedenklich sind einige seiner Ideen aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion. Das heißt jedoch nicht, dass die einen europafreundlicher und die anderen europafeindlicher wären. Allen Reformideen zu Grunde liegt der Wille „den ‚European way of life‘ aus repräsentativer Parteiendemokratie, Parlamentarismus, Rechtsstaatlichkeit, individueller Freiheit und Sozialer Marktwirtschaft offensiv für uns selbst und in der ganzen Welt“ zu vertreten und damit die EU zu stärken. Die EU besteht aber aus 28 Ländern, die allesamt ihre eigenen Ideen einbringen können müssen. Das hat Annegret Kramp-Karrenbauer für die CDU/CSU mit folgenden Inhalten getan:

- Gemeinsamer Binnenmarkt für Banken
- Kein europäischer Zentralismus, sondern ein System von Subsidiarität, Eigenverantwortung und damit verbundener Haftung
- Keine Europäisierung der Sozialsysteme und des Mindestlohns
- Gemeinsames EU-Innovationsbudget für gemeinsame Forschungen, Entwicklungen und Technologien

- weitere Umsetzung eines Europäischen Paktes für Klimaschutz, der gemeinsam zwischen Wirtschaft, Beschäftigten und Gesellschaft ausgehandelt wird
- Schließen der europäischen Steuerschlupflöcher um eine Verzerrung des Wettbewerbs zu vermeiden
- Einführung einer digitalen Besteuerung nach einem OECD-Modell
- Lückenloser europäischer Grenzschutz unter Mithilfe von FRONTEX
- Einführung eines elektronischen Ein- und Ausreiseregister
- Ausbau des Schengen-Informationssystems, damit die nationalen und europäischen Behörden ein einheitliches, gemeinsames Datensystem nutzen
- Neuorganisation der gemeinsamen Migrationspolitik: Jeder Mitgliedsstaat muss seinen Beitrag für Ursachenbekämpfung, Grenzschutz und Aufnahme leisten. Aber je stärker er dies in einem Bereich tut, umso weniger groß muss sein Beitrag auf den anderen Feldern sein.
- Gemeinsamer ständiger Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat
- Ausweitung gemeinsamer europäischer Rüstungsprojekte
- Ausweitung der Partnerschaft mit Afrika
- Wahrung der intergouvernementalen und der Gemeinschaftsmethode in der EU
- Konzentration des Europäischen Parlaments auf Brüssel
- Einführung der Besteuerung von EU-Beamten
- Einrichtung von „Nathan-Lehrstühlen“ zur Ausbildung von Imamen und Lehrkräften nach europäischen Wertvorstellungen

Als CDU/CSU geht es uns bei EU-Reformen vor allem darum, die EU handlungs- und damit schlagfähiger zu machen. Denn bei allen außereuropäischen Gefahren müssen wir als EU in der Welt ernstgenommen werden. Die EU ist ein Global Player und muss als solcher einstimmig handeln und sich nicht schon bei (eigentlich) selbstverständlichen Sanktionen für eine klare Missachtung des Völkerrechts wie beim Einmarsch Russlands auf die Krim auseinandringen lassen.

Es wird in den kommenden Monaten noch zahlreiche Diskussionen zu europäischen Reformen geben. Wichtig ist, dass alle Länder auch inhaltlich mit einbezogen werden und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die Aufschläge wurden gemacht. ■

Zahlen und Fakten I:

Baukindergeld-Zuschuss ein voller Erfolg

4.201 Wohneinheiten profitierten im vergangenen Jahr in Hessen von der Einführung des Baukindergeld-Zuschusses der KfW. Das entsprach rund 89 Millionen Euro – allein in Hessen. Im Hochtaunuskreis wurden 152 Wohneinheiten mit insgesamt 3,1 Millionen Euro bezuschusst. In Limburg-Weilburg immerhin 130 Wohneinheiten mit insgesamt 2,8 Millionen Euro. Gemessen am Einwohneranteil wurden in den beiden Landkreisen überdurchschnittlich viele Wohneinheiten bezuschusst.

Diese Zahlen beweisen, dass das Baukindergeld durch die anhaltende Preisentwicklung am Immobilienmarkt eine willkommene Entlastung für Familien darstellt. Allein in Limburg-Weilburg und im Hochtaunuskreis wurden Familien effektiv um knapp 6 Millionen Euro entlastet. (KfW-Förderbericht 2018) ■

Zahlen und Fakten II:

Handwerk meldet 4,9 Prozent Umsatzplus im Jahr 2018

Im Jahr 2018 stiegen die im Rahmen der Umsatzsteuervoranmeldung gemeldeten Umsätze im zulassungspflichtigen Handwerk gegenüber dem Jahr 2017 um 4,9%. Dies teilt das Statistische Bundesamt anhand vorläufiger Ergebnisse anlässlich der Internationalen Handwerksmesse mit, die vom 13. bis 17. März 2019 in München stattfindet. Die Zahl der im zulassungspflichtigen Handwerk Beschäftigten stieg im Jahresdurchschnitt 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 %. Die größte Umsatzsteigerung gab es im Bauhauptgewerbe (+10,7 %). Am geringsten stieg der Umsatz in den Handwerken für den privaten Bedarf (+0,9 %), zu denen beispielsweise Friseure und Steinmetzen gehören. Im Lebensmittelgewerbe, das durch Bäcker und Fleischer geprägt ist, stagnierten die Umsätze. (Quelle: Statistisches Bundesamt) ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel 030/227-75549
markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de

Sierra Leone, Burkina Faso & Mali

(24.02.-02.03.2019)

